
Die **UNO** im Überblick



Alle Informationen der Broschüre haben den Stand von August 2006, soweit nicht anders vermerkt.

*Herausgegeben von der UNO-Hauptabteilung für Presse und Information,
New York, NY 10017, USA*

www.un.org

*Editorial Unit, Press Service, News and Media Division
Room S-900F, Fax: +1 212 963-1334*

*Deutsche Übersetzung und Aktualisierung durch das Regionale Informationszentrum der
Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC), Verbindungsbüro in Deutschland,
UN Campus, Hermann-Ehlers-Str. 10, 53113 Bonn
Tel.: +49 (0)228 815-2773/74
Fax: +49 (0)228 815-2777
Email: info@unric.org
Internet: www.uno.de*

OFT WENIGER BEKANNT ...

Viele haben von den Friedenseinsätzen und der humanitären Hilfe der Vereinten Nationen gehört, allerdings hat die UNO auch auf andere Arten, die nicht so bekannt sind, Einfluss auf unser Leben. Diese Broschüre wirft einen Blick auf den Aufbau und die Arbeit der UNO, um zu zeigen, wie sie dazu beiträgt, diese Welt zu einem besseren Ort für alle Menschen zu machen.

Die Vereinten Nationen stehen im Mittelpunkt weltweiter Bemühungen zur Lösung von Problemen, die sich der Menschheit stellen. Dafür arbeiten mehr als 30 angegliederte Organisationen zusammen, die bekannt sind als das System der Vereinten Nationen. Tag für Tag arbeitet die UNO und ihr Verbund von Organisationen daran, den Respekt für die Menschenrechten zu fördern, die Umwelt zu schützen, Krankheiten zu bekämpfen und Armut zu verringern. Organisationen der Vereinten Nationen setzen den Standard für sicheren und effizienten Luftverkehr, helfen bei der Verbesserung von Telekommunikation und erweitern den Verbraucherschutz. Die Vereinten Nationen leiten den internationalen Kampf gegen Drogenschmuggel und Terrorismus. Überall auf der Welt unterstützen die Vereinten Nationen und ihre Organisationen Flüchtlinge, richten Programme zur Minenräumung ein, helfen bei der Steigerung der Lebensmittelproduktion und bekämpfen AIDS.

Im September 2005 tagten die Mitgliedsstaaten der Vereinten Nationen, um den 60. Geburtstag der Weltorganisation zu feiern und Entscheidungen über die Umsetzung der gemeinsamen Vision, die sich in der Millenniums-Erklärung vom September 2000 ausdrückt, zu fällen. Damals hatten die Mitgliedsstaaten, die auf höchster Ebene vertreten waren – darunter 147 Staats- und Regierungschefs – messbare Ziele in jedem Aufgabenbereich der Vereinten Nationen aufgestellt. Fünf Jahre danach traf sich die Weltgemeinschaft erneut auf einem hochrangig besetzten Gipfel, um sicherzustellen, dass diese Ziele erreicht werden. Der UNO-Generalsekretär hat dazu eine Reihe von Empfehlungen für den Wandel vorgelegt, die das Ziel haben, das Erreichbare möglich zu machen: Der Bericht „In größerer Freiheit“ fordert genau bezeichnete Aktionen in den Bereichen Entwicklung, Sicherheit und Menschenrechte sowie einen Neubau der internationalen Institutionen, inklusive einer Reform der Vereinten Nationen, um eine effektive Weiterverfolgung dieser dringlichen Angelegenheiten zu ermöglichen. (Der vollständige Bericht kann von folgender Internetseite abgerufen werden: www.unric.org/UNO-Reform.html)

Inhalt

WIE DIE VEREINTEN NATIONEN ARBEITEN	SEITE 4
Die Generalversammlung Der Sicherheitsrat Der Wirtschafts- und Sozialrat Der Treuhandrat Der Internationale Gerichtshof Das Sekretariat Das System der Vereinten Nationen	
WAS DIE VEREINTEN NATIONEN FÜR DEN FRIEDEN LEISTEN	SEITE 7
Abrüstung Friedensstiftung Friedenskonsolidierung Friedenssicherung Maßnahmen der Vereinten Nationen rund um die Welt	
WAS DIE VEREINTEN NATIONEN FÜR MEHR GERECHTIGKEIT, MENSCHENRECHTE UND VÖLKERRECHT TUN	SEITE 14
Menschenrechte Völkerrecht Straflosigkeit beenden Für Gerechtigkeit und Gleichheit	
WAS DIE VEREINTEN NATIONEN IM BEREICH NOTHILFE UNTERNEHMEN	SEITE 17
Notfallhilfe Humanitäre Antworten Palästinensische Flüchtlinge	
WAS DIE VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE ENTWICKLUNG LEISTEN	SEITE 19
Maßstäbe setzen Entwicklungshilfe Ressourcen bündeln	
DIE SONDERORGANISATIONEN DER VEREINTEN NATIONEN	SEITE 21

1. WIE DIE VEREINTEN NATIONEN ARBEITEN

Die Vereinten Nationen wurden am 24. Oktober 1945 von 51 Staaten gegründet, die sich dazu verpflichteten, den Frieden durch internationale Zusammenarbeit und kollektive Sicherheit zu erhalten. Heute gehören fast alle Staaten der Welt den Vereinten Nationen an. Die Mitgliedschaft erstreckt sich auf 192 Länder.

Wenn ein Staat Mitglied der Vereinten Nationen wird, willigt er ein, die Verpflichtungen aus der Charta der Vereinten Nationen – einem internationalen Vertrag, der grundlegende Prinzipien der internationalen Beziehungen festlegt – einzuhalten. Gemäß der Charta haben die Vereinten Nationen vier Ziele: Internationalen Frieden und Sicherheit erhalten, freundschaftliche Beziehungen zwischen den Staaten entwickeln, zur internationalen Problemlösung und zur Förderung der Achtung der Menschenrechte zusammenarbeiten sowie den Mittelpunkt zur Harmonisierung des Staatenhandelns bilden.

Die Vereinten Nationen sind keine Weltregierung und sie erlassen auch keine Gesetze. Sie stellen allerdings die Mittel bereit zur internationalen Konfliktlösung und zur Ausgestaltung von Maßnahmen in Bereichen, die uns alle angehen. Bei den Vereinten Nationen haben alle Mitgliedsstaaten, ob groß oder klein, reich oder arm, die unterschiedliche politische Sichtweisen und Sozialsysteme haben, eine Stimme in diesem Prozess.

Die Vereinten Nationen verfügen über sechs Hauptorgane. Fünf davon – die Generalversammlung, der Sicherheitsrat, der Wirtschafts- und Sozialrat, der Treuhandrat sowie das Sekretariat – haben ihren Sitz am Hauptsitz der Vereinten Nationen in New York. Das sechste Organ, der Internationale Gerichtshof, befindet sich in Den Haag in den Niederlanden.

Die Generalversammlung

Alle Mitgliedsstaaten sind vertreten in der Generalversammlung – einem „Parlament der Staaten“, das regelmäßig und zu Sondertagungen zusammentritt, um über die dringendsten Probleme der Welt zu beraten. Jeder Staat hat eine Stimme. Entscheidungen zu Schlüsselfragen wie in den Bereichen internationaler Frieden und Sicherheit, Zulassung neuer Mitglieder und Haushalt der Vereinten Nationen werden durch eine Zweidrittelmehrheit, andere Angelegenheiten durch einfache Mehrheit gefällt. In den letzten Jahren wurden besondere Anstrengungen unternommen, Entscheidungen im Konsens, anstatt durch formale Abstimmungen zu fällen. Die Generalversammlung kann keinen Staat zum Handeln zwingen, aber ihre Empfehlungen sind ein wichtiger Hinweis auf die Weltmeinung. Sie repräsentieren die moralische Autorität der Staatengemeinschaft.

Während des Hauptteils der Sitzungsperiode im Jahr 2004 behandelte die Generalversammlung mehr als 150 verschiedene Themen, darunter die Reform der Vereinten Nationen, die Achtung vor der Rechtsstaatlichkeit, die Erfordernisse kleiner Insel-Entwicklungsstaaten, Klimawandel und dadurch bedingte humanitäre Gefahren sowie die Teilnahme aller Staaten am Welthandelssystem. Sie befasste sich mit der Situation in vielen verschiedenen Ländern und Regionen, darunter im Irak und der

sudanesischen Region Darfur. Das Kernstück der 60. Sitzungsperiode im Jahr 2005 war die fünfjährige Überprüfung der Millenniums-Erklärung der Staats- und Regierungschefs vom Jahr 2000, Aktionen auf Basis einer umfassenden Reihe von Empfehlungen des Generalsekretärs zur Verringerung der Armut, der Begegnung von Sicherheitsbedrohungen, Eindämmung von Menschenrechtsverletzungen und Zustimmung zu umfangreichen Reformen zur Verbesserung der Funktionsweise der Vereinten Nationen.

Die Generalversammlung tritt zur regulären jährlichen Sitzungsperiode von September bis Dezember zusammen. Wenn nötig kann sie die Sitzungsperiode wieder aufnehmen oder eine Sonder- oder Dringlichkeitssitzung zu einzelnen Themen abhalten. Ihre Arbeit wird auch von den sechs Hauptausschüssen der Generalversammlung, anderen Unterorganen und dem Sekretariat der Vereinten Nationen erledigt.

Der Sicherheitsrat

Die Charta der Vereinten Nationen weist dem Sicherheitsrat die Hauptverantwortung für den Erhalt des internationalen Friedens und der Sicherheit zu. Der Sicherheitsrat kann jederzeit zusammen treten, wenn der Frieden bedroht ist. Gemäß der Charta sind alle Mitgliedsstaaten verpflichtet, die Entscheidungen des Rates auszuführen.

Der Rat hat 15 Mitglieder. Fünf davon – China, Frankreich, die Russische Föderation, das Vereinigte Königreich und die Vereinigten Staaten von Amerika – sind ständige Mitglieder. Die anderen zehn werden von der Generalversammlung für eine zweijährige Amtszeit gewählt. Die Mitgliedsstaaten diskutieren gegenwärtig Reformen der Ratsmitgliedschaft und Arbeitsmethoden, die den heutigen politischen und wirtschaftlichen Realitäten entsprechen.

Entscheidungen des Rates bedürfen neun Ja-Stimmen. Außer bei Abstimmungen über Verfahrensfragen kann keine Entscheidung gefällt werden, wenn ein ständiges Mitglied mit Nein stimmt bzw. ein Veto einlegt.

Wenn der Rat über eine Bedrohung des internationalen Friedens berät, sucht er zunächst nach Wegen, den Streit mit friedlichen Mitteln beizulegen. Er kann Prinzipien für einen Ausgleich vorschlagen oder eine Streitschlichtung unternehmen. Im Fall von Kampfhandlungen versucht der Rat einen Waffenstillstand sicherzustellen. Er kann eine Friedenstruppe entsenden, um den Konfliktparteien zu helfen, Waffenstillstand zu halten sowie feindliche Truppen auseinanderzuhalten.

Der Rat kann Maßnahmen beschließen, um seine Entscheidungen durchzusetzen. Er kann wirtschaftliche Sanktionen verhängen oder ein Waffenembargo anordnen. In seltenen Fällen hat der Rat Mitgliedsstaaten beauftragt, „alle notwendigen Mittel“ – inklusive kollektiver Kampfmaßnahmen – anzuwenden, um dafür zu sorgen, dass seine Entscheidungen ausgeführt werden.

Der Sicherheitsrat macht der Generalversammlung Empfehlungen zur Ernennung eines neuen Generalsekretärs und zur Aufnahme neuer Mitglieder der Vereinten Nationen.

Der Wirtschafts- und Sozialrat

Der Wirtschafts- und Sozialrat koordiniert unter der Gesamtverantwortung der Generalversammlung die wirtschaftliche und soziale Arbeit der UNO und der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen. Als das zentrale Diskussionsforum über internationale wirtschaftliche und soziale Angelegenheiten und der Formulierung politischer Empfehlungen spielt der Rat eine Schlüsselrolle bei der Förderung internationaler Zusammenarbeit für die Entwicklung. Er konsultiert auch Nichtregierungsorganisationen und unterhält so eine grundlegende Verbindung zwischen den Vereinten Nationen und der Zivilgesellschaft.

Dem Rat gehören 54 Mitglieder an, die von der Generalversammlung für eine dreijährige Amtszeit gewählt werden. Er tritt während des ganzen Jahres zusammen und hält im Juli seine Hauptsitzung ab, auf der übergeordnete wirtschaftliche, soziale und humanitäre Angelegenheiten auf Ministerebene diskutiert werden.

Die Unterorgane des Rates treten regelmäßig zusammen und berichten an ihn. Diese Organe befassen sich mit Angelegenheiten wie sozialer Entwicklung, der Lage der Frau, Verbrechensprävention, Narkotika und nachhaltiger Entwicklung. Fünf Regionalkommissionen fördern die wirtschaftliche Entwicklung und Zusammenarbeit in ihrer jeweiligen Region.

Der Treuhandrat

Der Treuhandrat wurde eingerichtet, um internationale Aufsicht über elf Treuhandgebiete, die von sieben Mitgliedsstaaten verwaltet wurden, auszuüben und sicherzustellen, dass angemessene Schritte unternommen wurden, um diese Gebiete für die Autonomie oder Unabhängigkeit vorzubereiten. Bis zum Jahr 1994 hatten alle Treuhandgebiete Autonomie oder Unabhängigkeit erreicht, entweder als eigenständige Staaten oder durch Vereinigung mit unabhängigen Nachbarstaaten. Das letzte dieser Gebiete war das Treuhandgebiet Pazifische Inseln – Palau –, das von den USA verwaltet wurde und der 185. Mitgliedsstaat der Vereinten Nationen wurde.

Nach Abschluss seiner Arbeit besteht der Rat nun aus den fünf ständigen Mitgliedern des Sicherheitsrates. Er hat seine Verfahrensregeln so geändert, dass er nur dann zusammentritt, wenn es die Situation erfordert.

Der Internationale Gerichtshof

Der Internationale Gerichtshof ist das Hauptrechtsorgan der Vereinten Nationen. Seine 15 Richter werden von der Generalversammlung und dem Sicherheitsrat gewählt, die unabhängig voneinander und gleichzeitig abstimmen. Der Gerichtshof entscheidet bei Streitigkeiten zwischen Staaten auf Grundlage der freiwilligen Teilnahme der betroffenen Staaten. Wenn ein Staat der Teilnahme an einem Prozess zustimmt, ist er daran gebunden, sich der Entscheidung des Gerichtshofs zu unterwerfen. Der Gerichtshof verfasst auch Rechtsgutachten für die Vereinten Nationen und seine Sonderorgane.

Das Sekretariat

Das Sekretariat führt die Sach- und Verwaltungsaufträge der Vereinten Nationen aus und wird von der Generalversammlung, dem Sicherheitsrat und den anderen Organen gelenkt. An seiner Spitze steht der Generalsekretär, der die Aufsicht über die Verwaltung ausübt.

Das Sekretariat besteht aus Hauptabteilungen und Büros mit einer Personalstärke von 7.500 Mitarbeitern im Rahmen des regulären Haushalts, zu dem etwa 170 Staaten beitragen. Dienstorte sind der Hauptsitz in New York und Dienstsitze in Genf, Wien und Nairobi sowie andere Orte auf allen Kontinenten.

Das System der Vereinten Nationen

Der Internationale Währungsfonds, die Weltbank und 13 weitere unabhängige Organisationen – bekannt als Sonderorganisationen – sind mit den Vereinten Nationen durch Kooperationsabkommen verbunden. Diese Organisationen, darunter die Weltgesundheitsorganisation und die Internationale Zivilluftfahrtsorganisation, sind autonome Körperschaften, die durch zwischenstaatliche Abkommen gegründet wurden. Sie verfügen über weitreichende internationale Zuständigkeiten auf den Gebieten Wirtschaft, Soziales, Kultur, Erziehung, Gesundheit und anderen. Einige von ihnen, wie die Internationale Arbeitsorganisation und der Weltpostverein, sind älter als die Vereinten Nationen selbst.

Darüber hinaus sind eine Reihe von Ämtern, Programmen und Fonds der Vereinten Nationen – wie das Amt des Hochkommissars der Vereinten Nationen für Flüchtlinge (UNHCR), das UNO-Entwicklungsprogramm (UNDP) und das UNO-Kinderhilfswerk (UNICEF) – tätig, um die wirtschaftliche und soziale Lage der Menschen weltweit zu verbessern.

Alle diese Organisationen verfügen über ihren eigenen Verwaltungsrat, eigene Haushalte und Sekretariate. Zusammen mit den Vereinten Nationen sind sie als das System der Vereinten Nationen bekannt und gemeinsam leisten sie technische Unterstützung und andere Formen praktischer Hilfe in beinahe allen wirtschaftlichen und sozialen Bereichen.

2. WAS DIE VEREINTEN NATIONEN FÜR DEN FRIEDEN LEISTEN

Zentrales Ziel der Vereinten Nationen ist es, den Weltfrieden zu erhalten. Gemäß der Charta der Vereinten Nationen willigen die Mitgliedsstaaten ein, Streitigkeiten mit friedlichen Mitteln beizulegen und Drohungen oder Gewalt gegen andere Staaten zu unterlassen.

Über die Jahre hinweg spielte die UNO eine bedeutende Rolle dabei, internationale Krisen zu entschärfen und langwierige Konflikte zu lösen. Sie hat aufwändige Einsätze zur Friedensstiftung, Friedenserhaltung und humanitären Hilfe unternommen. Sie hat daran gearbeitet, den Ausbruch von Konflikten zu verhindern und wurde nach Konflikten

zunehmend tätig, um die tieferliegenden Gründe für Kriege zu beseitigen und das Fundament für einen dauerhaften Frieden zu legen.

Die UNO hat bedeutende Ergebnisse erzielt. Die Vereinten Nationen halfen bei der Entschärfung der Kubakrise 1962 und der Nahostkrise 1973. 1988 beendete eine von der UNO unterstützte Friedensvereinbarung den Iran-Irak-Krieg. Im folgenden Jahr führten von der UNO unterstützte Verhandlungen zum Abzug der sowjetischen Truppen aus Afghanistan. In den neunziger Jahren dienten die Vereinten Nationen als Vermittler zur Wiederherstellung der Souveränität Kuwaits und sie spielten eine bedeutende Rolle bei der Beendigung der Bürgerkriege in Kambodscha, El Salvador, Guatemala und Mosambik. Ebenso lösten oder dämmten sie Konflikte in vielen anderen Ländern ein.

Als nach einem Referendum zur Selbstbestimmung im September 1999 etwa 200.000 Osttimoresen durch eine Welle der Gewalt zur Flucht aus ihren Heimatorten gezwungen wurden, genehmigte die UNO den Einsatz einer internationalen Schutztruppe, die dabei half, die Ordnung wiederherzustellen. Im Anschluss beaufsichtigte eine UNO-Übergangsverwaltung den Übergang des Gebietes in die Unabhängigkeit als Timor-Leste am 20. Mai 2002. Als Terroristen am 11. September 2001 die USA angriffen, handelte der Sicherheitsrat schnell und nahm eine weitreichende Resolution an, mit der die Staaten verpflichtet wurden, sicherzustellen, dass jede Person, die an der Finanzierung, Planung, Vorbereitung, Durchführung oder Unterstützung von terroristischen Handlungen beteiligt ist, gerichtlich verfolgt wird.

Abrüstung

Die Verbreitung von Waffen zu stoppen und die Zahl der Massenvernichtungswaffen zu verringern und schließlich vollständig zu beseitigen, sind Hauptziele der Vereinten Nationen. Die UNO war seit jeher ein Forum für Abrüstungsverhandlungen, das Empfehlungen gab und Untersuchungen einleitete. Sie unterstützt multilaterale Verhandlungen auf der Abrüstungskonferenz und anderen internationalen Foren. Durch diese Verhandlungen wurden Abkommen wie der Vertrag über die Nichtverbreitung von Kernwaffen (1968), der Vertrag über das umfassende Verbot von Nuklearversuchen (1996) und Verträge, durch die atomwaffenfreie Zonen eingerichtet wurden, geschlossen.

Andere Verträge untersagen die Entwicklung, Herstellung und Lagerung von Chemiewaffen (1992) und bakteriologischer Waffen (1972), verbieten Atomwaffen auf dem Meeresboden (1971) und im Weltraum (1967) und untersagen oder beschränken andere Waffenarten. Bis August 2006 sind 149 Staaten Mitglieder des Übereinkommens von Ottawa geworden, das Landminen verbietet. Die Vereinten Nationen ermuntern alle Staaten, diesen und anderen Verträgen zum Verbot von Kriegswaffen beizutreten. Die UNO unterstützt alle Bemühungen, die den illegalen Handel mit Kleinwaffen – die am häufigsten eingesetzten Waffen in einer Vielzahl von Konflikten weltweit – verhindert, bekämpft und beseitigt. Das Register der Vereinten Nationen für konventionelle Waffen und das System zum standardisierten Bericht über Militärausgaben fördern die Transparenz in Militärangelegenheiten.

Die Internationale Atomenergiebehörde in Wien stellt mit einem System von Sicherheitsabkommen sicher, dass nukleares Material und Ausrüstung nur für friedliche

und nicht für militärische Zwecke verwendet werden. Die Organisation für das Verbot chemischer Waffen in Den Haag sammelt Informationen über chemische Einrichtungen weltweit und führt Routine-Inspektionen durch, um sicherzustellen, dass das Chemiewaffenübereinkommen eingehalten wird.

Friedensstiftung

Friedensstiftung der Vereinten Nationen bringt verfeindete Parteien durch diplomatische Mittel dazu, ein Friedensabkommen abzuschließen. Der Sicherheitsrat kann empfehlen, dass beispielsweise mit Verhandlungen oder der Übernahme durch den Internationalen Gerichtshof Wege eingeschlagen werden, um Konflikte zu vermeiden oder den Frieden wiederherzustellen und zu sichern.

Der Generalsekretär spielt eine bedeutende Rolle bei der Friedensstiftung. Er kann dem Sicherheitsrat jede Angelegenheit, die offenbar den internationalen Frieden und die Sicherheit bedroht, zur Kenntnis bringen, *gute Dienste* zur Schlichtung leisten oder *stille Diplomatie* hinter den Kulissen – entweder selbst oder durch Sondergesandte – ausüben. Der Generalsekretär kann auch vorbeugende Diplomatie mit dem Ziel unternehmen, Streitigkeiten zu lösen, bevor sie eskalieren.

Friedenskonsolidierung

Die UNO unternimmt in zunehmenden Maß Aktivitäten, um die Ursachen von Konflikten anzugehen.

Entwicklungshilfe ist ein Schlüsselement der Friedenskonsolidierung. In Zusammenarbeit mit Organisationen der Vereinten Nationen, Geberländern und Nichtregierungsorganisationen sind die Vereinten Nationen tätig, gute Regierungsführung, Rechtsstaatlichkeit, öffentliche Ordnung, Wahlen und Menschenrechte in Ländern nach einem Konflikt zu unterstützen. Zur selben Zeit hilft die UNO diesen Ländern Verwaltung, Gesundheits- und Erziehungswesen sowie andere öffentliche Dienste, die von einem Krieg zum Erliegen gebracht wurden, wieder aufzubauen.

Einige dieser Aktivitäten, wie die Überwachung der Wahlen in Namibia im Jahr 1989, das Minenräumungs-Programm in Mosambik und die Polizeiausbildung in Haiti, haben im Rahmen von UNO-Friedenseinsätzen stattgefunden und wurden nach Beendigung des Einsatzes fortgeführt. Andere Aktivitäten werden von Regierungen erbeten, wie in Guinea-Bissau, wo die UNO ein Unterstützungsbüro zur Friedenskonsolidierung unterhält.

Im Juni 2006 trat die neugegründete Kommission für Friedenskonsolidierung erstmals zusammen. Sie soll die Ressourcen bündeln, die der internationalen Gemeinschaft zur Verfügung stehen und ganzheitliche Strategien zum Wiederaufbau nach Konflikten erarbeiten. Dabei soll sie ihr Augenmerk auf den Wiederaufbau von Institutionen und auf die nachhaltige Entwicklung richten. Die Kommission schließt eine riesige Lücke im UNO-System, denn zum ersten Mal können alle Hauptbeteiligten zusammenkommen, um gemeinsam über langfristige Maßnahmen zur Friedenskonsolidierung zu diskutieren und zu entscheiden.

Friedenserhaltende Einsätze

Der Sicherheitsrat richtet UNO-Friedenseinsätze ein und definiert ihren Umfang und Mandat mit dem Ziel, internationalen Frieden und Sicherheit zu erhalten. Die meisten Einsätze beinhalten militärische Aufgaben wie Überwachung eines Waffenstillstands oder Einrichtung einer Pufferzone während Vermittler eine langfristige Lösung suchen. Bei anderen Einsätze werden zivile Polizei oder ziviles Personal zur Organisation von Wahlen oder Überwachung von Menschenrechten eingesetzt. Friedenseinsätze werden auch zur Überwachung von Friedensabkommen in Zusammenarbeit mit Friedenstruppen von Regionalorganisationen durchgeführt.

Friedenseinsätze können wenige Monate oder auch Jahrzehnte dauern. Die UNO-Mission an der Waffenstillstandslinie zwischen Indien und Pakistan im Bundesstaat Jammu und Kaschmir wurde beispielsweise im Jahr 1949 eingerichtet. Auf Zypern sind seit 1964 Friedenssoldaten stationiert. Im Gegensatz dazu gelang es der UNO ihre Mission im Aouzou-Streifen zwischen Libyen und dem Tschad in etwas mehr als einem Monat abzuschließen.

Seit der ersten Mission von UNO-Friedenssoldaten im Jahr 1948 haben fast 130 Länder auf freiwilliger Basis mehr als eine Million Soldaten, Polizeikräfte und Zivilpersonal abgestellt. Sie haben zusammen mit Tausenden Zivilisten in 60 Friedenseinsätzen gedient. Im Juni 2006 stellten 109 Länder fast 73.000 Mann uniformiertes Personal – eine Rekordzahl.

Aktionen der Vereinten Nationen für den Frieden

In Afrika

Friedensbemühungen der Vereinten Nationen haben über die Jahre hinweg viele Formen gehabt, darunter die langandauernde Kampagne gegen die Rassentrennung in Südafrika, aktive Unterstützung für die Unabhängigkeit Namibias, eine Reihe von Wahlunterstützungsmissionen und 23 Friedenseinsätze. Die letzten Friedensmissionen wurden in Liberia (2003), der Elfenbeinküste und Burundi (2004) sowie im Sudan (2005) eingerichtet.

Selbstverständlich waren die Vereinten Nationen im Sudan bereits aktiv, um bei der – wie es der UNO-Nothilfekoordinator genannt hatte – schlimmsten nicht-naturbedingten humanitären Krise der Welt – Hilfe zu leisten. Die internationale humanitäre Gemeinschaft – darunter die UNO, Nichtregierungsorganisationen und die Rotkreuz- und Roter Halbmond-Gesellschaften – hatte bereits mehr als 9.000 humanitäre Helfer, davon fast 1.000 internationale Mitarbeiter, vor Ort gebracht. Im März 2005 überwies der Sicherheitsrat nach Feststellung weitverbreiteter Menschenrechtsverletzungen im Sudan den Fall an den Chefankläger des Internationalen Strafgerichtshofs.

Die UNO hat auch weitreichende diplomatische Bemühungen zur Wiederherstellung des Friedens in der Region der Großen Seen unternommen und half, ein Referendum zur Zukunft der Westsahara vorzubereiten. In der Zentralafrikanischen Republik, Guinea-

Bissau, Somalia und der westafrikanischen Region setzen zur Zeit UNO-Missionen friedenskonsolidierende Maßnahmen um.

Im asiatischen und pazifischen Raum

Seit dem Jahr 2002 arbeitet die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen in Afghanistan (UNAMA) daran, die nationale Aussöhnung zu fördern und die Aufgaben, mit denen die Vereinten Nationen im Abkommen von Bonn im Jahre 2001 betraut wurden, zu erfüllen, darunter in den Bereichen Menschenrechte, Rechtsstaatlichkeit und Gleichstellung der Geschlechter sowie humanitäre Nothilfe und Wiederaufbau.

Die UNAMA koordiniert alle Aktivitäten der UNO in Afghanistan, darunter die Tätigkeit von 16 Organisationen der Vereinten Nationen, und arbeitet mit der afghanischen Regierung, nationalen und internationalen Nichtregierungsorganisationen zusammen.

Als eine Friedensmission in Tadschikistan im Jahre 2000 ihre Arbeit beendet hatte, wurde ein UNO-Büro eingerichtet, um verschiedene friedenskonsolidierende Maßnahmen zu leisten. UNO-Militärbeobachter überwachen nach wie vor die Waffenstillstandslinie zwischen Indien und Pakistan.

In Osttimor führten durch die UNO vermittelte Gespräche zwischen Indonesien und Portugal im Mai 1999 zu einem Abkommen, das den Weg für eine Volksbefragung über den zukünftigen Status des Gebietes ebnete. Die UNO überwachte die Wählerregistrierung und in einer Abstimmung im August 1999 sprachen sich 78 Prozent der Osttimoresen für die Unabhängigkeit aus. Am 20. Mai 2002 wurde schließlich der unabhängige Staat Timor-Leste gegründet. Eine UNO-Friedensmission blieb im Land und half bei der Einrichtung von Kernverwaltungsstrukturen, darunter Justizsystem und Vollzugsbehörden und trug zur Aufrechterhaltung von Stabilität und Sicherheit bei.

Die Vereinten Nationen halfen der Regierung von Papua-Neuguinea und den Parteien von Bougainville, sich im Jahr 2001 auf ein umfassendes Abkommen zur Autonomie der Provinz Bougainville zu einigen, ein Referendum über die Gewährung der völligen Unabhängigkeit innerhalb eines Zeitraums von zehn bis 15 Jahren abzuhalten sowie die Rebellen zu entwaffnen.

In Europa

Die UNO-Friedenstruppe auf Zypern überwacht nach wie vor die Waffenstillstandslinie, unterhält eine Pufferzone und führt humanitäre Maßnahmen auf der geteilten Insel aus. Ihre Anwesenheit ermöglicht ein zuträgliches Umfeld für diplomatische Bemühungen des Generalsekretärs und seiner Sonderberater, die das Ziel haben, weitere Verhandlungen zu fördern und eine umfassende Streitbeilegung zu erreichen.

Die UNO arbeitete unermüdlich an der Konfliktlösung im ehemaligen Jugoslawien und leistete Nothilfe für viele Millionen Menschen. Von 1992 bis 1995 halfen UNO-Friedenssoldaten dabei, Frieden und Sicherheit in Kroatien zu festigen, beschützten Zivilisten in Bosnien-Herzegowina und stellten sicher, dass die ehemalige Jugoslawische Republik Mazedonien nicht in den Krieg hineingezogen wurde. Nach den

Friedensabkommen von Dayton und Paris halfen vier UNO-Missionen bei der Sicherstellung des Friedens.

Heute arbeitet die Übergangsverwaltungsmission der Vereinten Nationen im Kosovo (UNMIK) weiter mit den Menschen im Kosovo zusammen, um eine funktionierende demokratische Gesellschaft mit umfangreicher Autonomie aufzubauen. Die UNMIK, die nach dem Ende der NATO-Bombardierungen und des Rückzugs der jugoslawischen Armee eingerichtet wurde, vereinigt die Bemühungen der Europäischen Union, der Organisation für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa und der UNO unter dem Dach der Vereinten Nationen.

In der Region Abchasien in Georgien übt eine UNO-Militärbeobachtermission ihr Friedensmandat aus, während gleichzeitig durch diplomatische Bemühungen eine Schlichtung im georgisch-abchasischen Konflikt gesucht wird.

In Mittelamerika

Friedensstiftung und Friedenserhaltung der Vereinten Nationen waren Instrumente zur Lösung langjähriger Konflikte in Mittelamerika. Im Jahr 1989 erreichten die Friedensbemühungen in Nicaragua die freiwillige Demobilisierung der Widerstandsbewegung, die ihre Waffen der UNO übergab. Im Jahr 1990 überwachte eine UNO-Mission die Wahlen in Nicaragua. Es waren die ersten Wahlen, die von der UNO in einem unabhängigen Land überwacht worden waren. In El Salvador beendeten Friedensgespräche, die der Generalsekretär vermittelt hatte, zwölfjährige Kämpfe und eine UNO-Friedensmission überprüfte die Umsetzung aller Abkommen. In Guatemala beendeten UNO-unterstützte Verhandlungen den 35-jährigen Bürgerkrieg.

Nachdem der haitianische Präsident Jean-Bertrand Aristide am 29. Februar 2004 sein Land verlassen hatte, genehmigte der Sicherheitsrat auf Antrag des haitianischen Interimspräsidenten die Entsendung einer multinationalen Truppe, um einen friedlichen und verfassungsgemäßen Übergangsprozess des Landes in Sicherheit und Stabilität zu gewährleisten. Darauf folgend richtete der Sicherheitsrat eine UNO-Stabilisierungsmission in Haiti ein, die die Verantwortung von der multinationalen Truppe im Juni 2004 übernahm. Die UNO-Mission arbeitete daran, die Abhaltung von Wahlen im Jahr 2005 und die Machtübergabe an den gewählten Präsidenten im Februar 2006 zu ermöglichen.

Im Nahen Osten

Die Vereinten Nationen sind seit fast sechs Jahrzehnten mit dem arabisch-israelischen Konflikt befasst, in dem es zu sechs Kriegen kam. Die UNO hat die Prinzipien für einen gerechten und dauerhaften Frieden beschrieben, unter anderem in zwei maßgeblichen Resolutionen des Sicherheitsrates – Nr. 242 (1967) und Nr. 338 (1973) –, die die Grundlage für eine vollständige Beilegung des Konflikts bilden.

Die Vereinten Nationen haben auch andere Initiativen unterstützt, die das Ziel hatten, die tieferliegenden politischen Probleme zu lösen und unternahmen mehrere Friedenseinsätze in der Region. Die erste Militärbeobachtertruppe wurde im Jahr 1948 entsandt und ist bis zum heutigen Tag im Einsatz. Die erste UNO-Friedenstruppe wurde ebenfalls in dieser

Region – während der Suezkrise im Jahr 1956 – eingerichtet. Zwei Friedenstruppen sind zur Zeit in der Region stationiert. Die erste sichert seit ihrer Einrichtung im Jahr 1974 eine Pufferzone zwischen israelischen und syrischen Truppen auf den Golanhöhen. Die zweite wurde im Jahr 1978 eingerichtet und trägt zur Stabilität im Südlibanon bei. Im Jahr 2000 überprüfte sie den Rückzug der israelischen Armee aus dem Gebiet. Nach dem Konflikt zwischen Israel und der Hisbollah wurde im August 2006 die Verstärkung der Truppe von 2.000 auf 15.000 Soldaten vom Sicherheitsrat beschlossen.

Auf diplomatischer Seite nahm die UNO als Mitglied des sogenannten „Nahostquartetts“ – bestehend aus der UNO, den USA, der EU und der Russischen Föderation – sehr aktiv an Bemühungen teil, eine Verhandlungslösung zu erzielen. Im Jahr 2003 wurde die „Road Map“ vom Nahostquartett vorgelegt, die eine dauerhafte Zweistaatenlösung vorsieht. Beide Seiten haben der „Road Map“ zugestimmt. Sie ist allerdings bislang nicht umgesetzt worden. In der Zwischenzeit setzte die UNO ihre Bemühungen durch den Sicherheitsrat und andere Organe wie auch des Generalsekretärs und seines Sonderkoordinators für den Friedensprozess im Nahen Osten fort, um eine friedliche Lösung der Situation zu fördern.

Nach der heißen Kriegsphase im Irak richtete der Sicherheitsrat am 14. August 2003 die Unterstützungsmission der Vereinten Nationen für den Irak (UNAMI) ein. Ziel war es, den Wiederaufbau zu koordinieren und den politischen Prozess zur Einrichtung einer international anerkannten souveränen Regierung des Iraks zu unterstützen. Fünf Tage später, am 19. August 2003, wurde das UNO-Hauptquartier in Bagdad Ziel eines terroristischen Anschlags, der 22 Todesopfer forderte – unter ihnen der Missionsleiter Sergio Vieira de Mello - und über 150 Menschen verletzte.

Nach diesem Attentat zog der Generalsekretär einen Großteil des internationalen Personals aus Bagdad ab. Nur ein kleines Team blieb vor Ort, um grundlegende humanitäre Hilfe zu leisten. Dennoch setzt die UNO ihre Hilfe im und außerhalb des Iraks fort, darunter Lebensmittel- und Trinkwasserlieferungen, medizinische Versorgung im ganzen Land und stützt sich dabei hauptsächlich auf irakische Mitarbeiter.

Das Ende der Besatzung und die formale Wiederherstellung der irakischen Souveränität am 28. Juni 2004 markierte eine neue Phase im Übergangsprozess des Iraks, der schließlich zu Wahlen am 30. Januar 2005 führte. Mit Unterstützung der UNAMI, des Sonderbeauftragten des Generalsekretärs und der Abteilung der Vereinten Nationen für Wahlhilfe konnte das irakische Volk seine politischen Rechte trotz beständiger Bedrohung durch Gewalt wahrnehmen. Das daraus resultierende nationale Übergangsparlament handelte eine Verfassung aus, die im Jahr 2006 dem irakischen Volk zur Abstimmung vorgelegt worden ist.

3. WAS DIE VEREINTEN NATIONEN FÜR MEHR GERECHTIGKEIT, MENSCHENRECHTE UND VÖLKERRECHT TUN

Mit Hilfe der UNO haben Regierungen viele multilaterale Abkommen geschlossen, die die Welt zu einem sicheren und besseren Ort machen und für mehr Gerechtigkeit sorgen. Der Aufbau des Völkerrechts, einschließlich der Menschenrechte, ist eine der größten Errungenschaften der UNO.

Menschenrechte

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, die von der Generalversammlung 1948 verkündet wurde, umfasst die grundlegenden Rechte und Freiheiten, die alle Frauen und Männer besitzen. Unter ihnen ist das Recht auf Leben, Freiheit und Nationalität, auf Gedankenfreiheit, Gewissen und Religion, das Recht auf Arbeit und Ausbildung, das Recht auf Nahrung und Unterkunft sowie das Recht auf Zugang zu öffentlichen Ämtern.

Diese Rechte sind juristisch bindend und zwar aufgrund zweier internationaler Pakte, denen die meisten Staaten beigetreten sind. Der eine Pakt umfasst die wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte, der andere die zivilen und politischen Rechte. Gemeinsam mit der Erklärung bilden sie den internationalen Menschenrechtsrahmen.

Die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte war die Grundlage für mehr als 80 Übereinkommen und Erklärungen über die Menschenrechte, einschließlich zweier internationaler Pakte, Übereinkommen gegen die Rassendiskriminierung und die Diskriminierung von Frauen, Übereinkommen für die Rechte von Kindern, gegen Folter und andere herabwürdigende Strafen, den Status von Flüchtlingen und gegen Völkermord sowie Erklärungen zu Menschen, die nationalen, ethnischen, religiösen oder sprachlichen Minderheiten angehören, zum Recht auf Entwicklung und den Rechten von Menschenrechtsaktivisten.

Nachdem die UNO die Standards im Bereich der Menschenrechte gesetzt hatte, konzentriert sie sich nun vor allem auf deren Umsetzung. Der Hochkommissar für Menschenrechte, der alle Menschenrechtsaktivitäten der UNO koordiniert, arbeitet mit Regierungen zusammen, um die Einhaltung der Menschenrechte zu verbessern. Er versucht Menschenrechtsverletzungen zu verhindern und arbeitet eng mit den anderen UNO-Einrichtungen zum Schutz der Menschenrechte zusammen. Der neugegründete UNO-Menschenrechtsrat veranstaltet wie schon die UNO-Menschenrechtskommission öffentliche Treffen, um den Menschenrechtsschutz durch die Staaten zu überprüfen, neue Standards zu verabschieden und die Menschenrechte weltweit zu fördern. Der Rat ernennt auch unabhängige Experten, sogenannte Sonderberichterstatter, die über bestimmte Missbräuche berichten oder die Situation in bestimmten Staaten untersuchen. Die Menschenrechtsorgane der Vereinten Nationen tragen zur Konfliktvorbeugung bei und gehen die grundlegenden Ursachen an. Auch bei einigen UNO-Friedensmissionen spielt der Schutz der Menschenrechte eine entscheidende Rolle. Insgesamt ist die UNO in 30 Staaten im Bereich Menschenrechtsschutz tätig. Die UNO versucht vor Ort die Gesetzgebung, Verwaltung und Ausbildung zu stärken. Sie untersucht mögliche Verletzungen und hilft Regierungen, notfalls Korrekturen vorzunehmen.

Bei der Förderung der Menschenrechte nimmt die UNO eine immer wichtigere Rolle ein. Dabei geht es besonders um das Recht auf Entwicklung, das als Teil eines dynamischen Prozesses betrachtet wird, der zivile, kulturelle, wirtschaftliche, politische und soziale Rechte umfasst und durch den das Wohl des Einzelnen verbessert wird. Der Schlüssel zur Erreichung dieses Ziels ist die Ausrottung der Armut – eines der Hauptziele der UNO.

Völkerrecht

In der UNO-Charta werden besonders die Vereinten Nationen dazu aufgefordert, die Kodifizierung und Entwicklung des Völkerrechts voranzutreiben. Die mehr als 500 Übereinkommen, Verträge und Richtlinien, die aus dieser Arbeit resultieren, haben einen Rahmen für die Förderung des internationalen Friedens und der Sicherheit geschaffen und auch für den wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt gesorgt. Staaten, die diese Übereinkommen ratifizieren, binden sich rechtlich daran. Die Völkerrechtskommission bereitet Entwürfe zum internationalen Völkerrecht vor, die dann in Übereinkommen eingearbeitet und durch die Mitgliedsstaaten ratifiziert werden können. Einige dieser Übereinkommen bilden die Basis für die Rechtsbeziehungen zwischen den Staaten, so etwa das Übereinkommen über diplomatische Beziehungen oder das Übereinkommen zur Nutzung internationaler Wasserwege.

Die Handelsrechtskommission der UNO entwickelt Regeln zur Harmonisierung des internationalen Handels. Die UNO spielte auch eine führende Rolle bei der Etablierung des internationalen Umweltrechts. Vereinbarungen wie das Übereinkommen zur Bekämpfung der Wüstenbildung, das Übereinkommen zum Schutz der Ozonschicht und das Übereinkommen über grenzüberschreitende Abfallverbringung werden vom Umweltprogramm der Vereinten Nationen gesteuert.

Das Kyoto-Protokoll des Rahmenübereinkommens der Vereinten Nationen über Klimaänderungen von 1992, das das Problem der globalen Erwärmung angeht, trat am 16. Februar 2005 in Kraft. Darin wird von den Industriestaaten verlangt, ihre Emissionen von sechs Treibhausgasen während des Zeitraums zwischen 2008 und 2012 unter das Niveau von 1990 zu senken. Bis Juli 2006 haben 164 Staaten das Übereinkommen ratifiziert.

Das internationale Seerechtsübereinkommen soll die gleichberechtigte Nutzung der Meeresressourcen durch alle Staaten sichern, vor Verschmutzung schützen und Navigationsfreiheit und Forschung garantieren. Das Übereinkommen gegen illegalen Drogenhandel ist der wichtigste internationale Vertrag gegen Drogenhandel.

Die UNO steht auch im Mittelpunkt der Anstrengungen, einen rechtlichen Rahmen gegen Terrorismus zu schaffen. Mehr als ein Dutzend globaler Übereinkommen zu diesem Thema wurden unter der Schirmherrschaft der UNO verhandelt. Unter ihnen sind das Internationale Übereinkommen gegen Geiselnahme (1979), das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung terroristischer Bombenanschläge (1997) und das Internationale Übereinkommen zur Bekämpfung der Finanzierung des Terrorismus (1999). Außerdem wird an einem umfassenden Anti-Terrorismus-Vertrag gearbeitet.

Nach den Anschlägen vom 11. September 2001 verabschiedete der Sicherheitsrat eine weitreichende Antiterror-Resolution. Sie beinhaltet Maßnahmen zur Verhinderung der Finanzierung terroristischer Taten, stellt das Sammeln finanzieller Mittel für solche Zwecke unter Strafe und soll auch dafür sorgen, dass Gelder von Terroristen sofort eingefroren werden können. Der Sicherheitsrat rief alle Staaten dazu auf, den Informationsaustausch zu beschleunigen und beschloss, dass Staaten sich bei der Strafverfolgung von Terrorakten die größtmögliche Unterstützung geben sollen.

Straflosigkeit beenden

Massive Völkerrechtsverletzungen während des Bürgerkriegs im ehemaligen Jugoslawien brachten den Sicherheitsrat 1993 dazu, einen internationalen Strafgerichtshof einzurichten. 1994 beschloss der Sicherheitsrat, einen zweiten Strafgerichtshof wegen des Völkermords in Ruanda einzurichten. Die Tribunale haben mehrere Angeklagte für schuldig befunden und sie zu Gefängnisstrafen verurteilt. Das Ruanda-Tribunal verkündete den ersten Schuldspruch eines internationalen Gerichts aufgrund von Verbrechen wegen Völkermords und verhängte auch die erste Strafe aufgrund dieser Tat.

Eines der wichtigsten Ziele der Vereinten Nationen – die Einrichtung einer internationalen Institution, die bei massiver Verletzung der Menschenrechte zur Rechenschaft zieht – wurde 1998 umgesetzt, als sich die Regierungen darauf einigten, einen Internationalen Strafgerichtshof zu gründen. Das Gericht kann Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit ahnden. Mit Gründung des Strafgerichtshofs stellte die internationale Gemeinschaft klar, dass Straflosigkeit – die Annahme, dass Verbrechen nicht geahndet werden – nicht mehr existieren wird. Das Statut des Gerichtshofs trat am 1. Juli 2002 in Kraft. Im März 2005 überwies der Sicherheitsrat die massiven Menschenrechtsverletzungen, die sich in der sudanesischen Provinz Darfur ereignet hatten, an den Chefankläger des Gerichtshofs.

Die UNO hat auch zu anderen Übereinkommen des internationalen Völkerrechts beigetragen, zum Beispiel zum Übereinkommen über Völkermord (1948) und zum Übereinkommen über das Verbot oder die Beschränkung des Einsatzes bestimmter konventioneller Waffen, die übermäßige Leiden verursachen oder unterschiedslos wirken können (1980).

Für Gerechtigkeit und Gleichheit

Im Jahr 1945 lebten 750 Millionen Menschen in abhängigen Gebieten. Heute hat sich ihre Zahl auf eine Million reduziert. Die UNO spielte dabei eine wesentliche Rolle und ermutigte die Menschen dazu, nach Unabhängigkeit zu streben. Seit 1960, als die Generalversammlung die Erklärung über die Gewährung der Unabhängigkeit für koloniale Länder und Völker verabschiedete, haben 60 frühere Kolonialgebiete die Unabhängigkeit erlangt und sind als souveräne Staaten Mitglieder der UNO geworden.

30 Jahre lang kämpfte die UNO dafür, die Rassentrennung in Südafrika abzuschaffen. Im Jahr 1994 beobachtete eine UNO-Mission die ersten freien Wahlen in diesem Land.

Seit ihrer Gründung hat die UNO daran gearbeitet, die fundamentale Gleichheit aller Menschen zu sichern und Rassismus in all seinen Formen entgegenzutreten. 2001 wurde bei einer Weltkonferenz versucht, Wege zu finden, wie Rassismus, Rassendiskriminierung Fremdenhass und Intoleranz bekämpft werden können.

4. WAS DIE VEREINTEN NATIONEN IM BEREICH NOTHILFE UNTERNEHMEN

Humanitäre Katastrophen können zu jeder Zeit und überall geschehen. Ob Flutwelle, Dürre, Erdbeben oder Konflikt – eine humanitäre Katastrophe führt häufig zum Verlust von Menschenleben. Menschen werden vertrieben, Gemeinschaften können sich nicht mehr selbst helfen und immer kommt es zu großem Leid.

Notfallhilfe

Bei einer Katastrophe versorgt die UNO die Opfer – die meisten von ihnen sind Kinder, Frauen und Ältere – mit Nahrungsmitteln und Medikamenten und leistet logistische Unterstützung.

Um für diese Hilfe genügend Mittel zu haben, hat die UNO Milliarden von Dollar von internationalen Gebern erhalten. Allein im Jahr 2003 hat das Büro zur Koordinierung Humanitärer Angelegenheiten 22 interinstitutionelle Hilfsaufrufe gestartet, dabei 3,4 Milliarden Dollar gesammelt und konnte so 67,8 Millionen Menschen in 22 Ländern und Regionen helfen. Das Büro wird vom UNO-Nothilfekordinator geleitet, der gleichzeitig Untergeneralsekretär der Vereinten Nationen für humanitäre Angelegenheiten ist.

Um humanitäre Hilfe leisten zu können, muss die UNO oft große Logistik- und Sicherheitsprobleme überwinden. Helfer hatten in der Vergangenheit oft keinen Zugang zu den Bedürftigen und Kriegsparteien haben häufig auch Zivilisten und Helfer attackiert. Seit 1992 kamen mehr als 220 zivile UNO-Mitarbeiter bei humanitären Einsätzen ums Leben. Bis Mitte 2004 kam es zu mehr als 120 Angriffen auf UNO-Mitarbeiter, darunter zehn Fälle von Vergewaltigung und sexuellen Übergriffen. Bei dem Bemühen, Menschenrechtsverletzungen während einer Krise zu verhindern, spielt das Amt des Hohen Kommissars für Menschenrechte (UNHCR) eine aktive Rolle.

Die UNO koordiniert ihre humanitären Dienste mit Hilfe eines Komitees, dem alle wichtigen humanitären Hilfsdienste angeschlossen sind. Dieses wird vom UNO-Nothilfekordinator geleitet. Mitglieder sind das Kinderhilfswerk (UNICEF), das Entwicklungsprogramm (UNDP), das Welternährungsprogramm (WFP) und der UNO-Hochkommissar für Flüchtlinge (UNHCR). Andere UNO-Programme sind auch repräsentiert, ebenso wie große Nichtregierungsorganisationen und internationale humanitäre Organisationen wie das Internationale Rote Kreuz und der Rote Halbmond.

Humanitäre Antworten

Der UNO-Nothilfekoordinator ist dafür verantwortlich, humanitäre Aktionen zu planen und humanitäre Angelegenheiten zu fördern, indem er beispielsweise das öffentliche Bewusstsein dafür schärft, welche humanitären Auswirkungen die Verbreitung von Kleinwaffen oder Sanktionen haben.

UNHCR hilf Menschen, die vor einem Krieg, Verfolgung oder Menschenrechtsverletzungen geflohen sind. Anfang 2004 half UNHCR 17,1 Millionen Menschen in fast 120 Staaten, darunter 4,4 Millionen Binnenflüchtlingen – davon 1,2 Millionen allein in Kolumbien – sowie 9,7 Millionen Flüchtlingen, 1,1 Millionen Rückkehrern und fast einer Million Asylbewerber.

Das Welternährungsprogramm ist die größte humanitäre Organisation der Welt. 2003 hat es sechs Millionen Tonnen Nahrungsmittel an 110 Millionen Menschen in 83 Ländern verteilt, einschließlich 56 Millionen hungernder Kinder.

Während des letzten Jahrzehnts wurden 300.000 Kinder als Soldaten rekrutiert. Im gleichen Zeitraum wurden zwei Millionen Kinder durch Kriege getötet und sechs Millionen weitere verletzt. Durch Kriege und Unruhen wurden außerdem 13 Millionen Kinder zu Binnenvertriebenen und weitere zehn Millionen zu Flüchtlingen. Viele dieser Kinder wurden von ihren Eltern getrennt. UNICEF versucht sie mit Nahrung, Trinkwasser, Medizin und Unterkünften zu versorgen. UNICEF hat auch das Konzept „Kinder als Friedenszonen“ sowie „Tage der Ruhe“ und „Korridore des Friedens“ entwickelt, um Kinder während eines Krieges besser schützen zu können.

Die Katastrophenvorbeugung ist ebenfalls Teil der humanitären Arbeit der UNO. Bei Katastrophen koordiniert UNDP die Hilfe auf lokaler Ebene. In Ländern, in denen ein dauerhafter Notstand herrscht, wird humanitäre Hilfe als Teil friedensschaffender Maßnahmen angesehen. Dazu gehören Entwicklungshilfe sowie politische und finanzielle Hilfe.

Die wohl schwerste Naturkatastrophe der letzten Jahre ereignete sich im Indischen Ozean. Am frühen Morgen des 26. Dezember 2004 erschütterte ein starkes Beben mit einer Stärke von 9,0 auf der Richter-Skala die westliche Küste Sumatras. Die dadurch entstandenen Flutwellen waren zehn Meter hoch und bewegten sich mit einer Geschwindigkeit von 500 Kilometern pro Stunde. Der Tsunami zerstörte die Küsten Indiens, Indonesiens, Sri Lankas, Thailands, der Malediven, Myanmars, der Seychellen und Somalias. Es wird geschätzt, dass mehr als 217.000 Menschen dabei ums Leben kamen. 51.000 Menschen bleiben vermisst und mehr als eine halbe Million wurden obdachlos.

Die UNO handelte unmittelbar und leistete Hilfe in den Bereichen Landwirtschaft und wirtschaftlicher Wiederaufbau, Ausbildung, Gesundheitsversorgung, Minenräumung, Menschenrechtsschutz sowie Wasserversorgung. Ein Nothilfeaufruf über 977 Millionen Dollar wurde am 5. Januar 2005 gestartet, um die Hilfsleistungen von mehr als 40 Organisationen der Vereinten Nationen und Nichtregierungsorganisationen finanzieren

zu können. Am 1. Februar ernannte der UNO-Generalsekretär den früheren US-Präsidenten Bill Clinton zu seinem Sondergesandten für die Tsunami-Hilfe.

Als Sondergesandter versucht Clinton den Wiederaufbau auf politischer Ebene zu koordinieren. Er unterstützt den Übergang von Nothilfe zu Wiederaufbau und versucht sicherzustellen, dass Geberländer ihre Hilfszusagen einhalten. Außerdem wirbt er für den Aufbau eines Frühwarnsystems in der betroffenen Region.

Palästinensische Flüchtlinge

Hilfe für palästinensische Flüchtlinge wird vom Hilfswerk der Vereinten Nationen für Palästinaflüchtlinge im Nahen Osten (UNRWA) geleistet. Heute unterstützt UNRWA vier Millionen palästinensische Flüchtlinge in der Region. Ein UNO-Koordinator überwacht alle UNO-Entwicklungsprogramme im Gaza-Streifen und dem Westjordanland.

5. WAS DIE VEREINTEN NATIONEN FÜR DIE ENTWICKLUNG LEISTEN

Zu den wichtigsten Aufgaben der UNO zählen die Erhöhung des Lebensstandards, das Erreichen von Vollbeschäftigung sowie wirtschaftlicher und sozialer Fortschritt. Mehr als 70 Prozent der Arbeit des UNO-Systems ist diesen Aufgaben gewidmet. Damit verbunden ist die Überzeugung, dass die Abschaffung der Armut und die weltweite Verbesserung der Situation der Menschen notwendige Schritte sind, um einen dauerhaften Weltfrieden zu gewährleisten.

Die UNO besitzt einzigartige Stärken bei der Förderung der Entwicklung. Ihre Präsenz ist global und ihre umfassenden Aufgaben beinhalten soziale und wirtschaftliche Ziele sowie Nothilfemaßnahmen. Die UNO vertritt keine nationalen oder kommerziellen Partikularinteressen. Wenn wichtige Entscheidungen anstehen, besitzen alle Staaten, ob arm oder reich, eine Stimme.

Maßstäbe setzen

Die UNO spielte eine zentrale Rolle dabei, einen internationalen Konsens zu erreichen, wie die Entwicklung gefördert werden soll. Seit 1960 hat die Generalversammlung Ziele durch eine Serie von internationalen Zehn-Jahres-Strategien für die Entwicklung gesetzt. Bei diesen Strategien wurde stets der Bedarf nach Fortschritt im sozialen und wirtschaftlichen Bereich betont. Die UNO ist vor allem im Bereich der nachhaltigen Entwicklung aktiv, ebenso wie bei der Förderung von Frauen, der Menschenrechte, dem Umweltschutz und der guten Regierungsführung. Beim Millenniumsgipfel im September 2000 hatten die Staats- und Regierungschefs die Millenniums-Entwicklungsziele mit der Zielsetzung verabschiedet, extremen Hunger und Armut zu beseitigen, Grundschulbildung für alle zu garantieren, Geschlechtergleichheit und die Senkung der Kindersterblichkeit

zu erreichen, HIV/AIDS, Malaria und andere Krankheiten zu bekämpfen und die Förderung einer nachhaltigen Umwelt zu fördern.

Entwicklungshilfe

Die UNO fördert die wirtschaftlichen und sozialen Ziele auf unterschiedliche Weise. Die Sonderorganisationen der Vereinten Nationen decken fast alle diese Bereiche ab. Sie leisten technische Unterstützung und mobilisieren Gelder. So stellte die Weltbank 2004 fast 100 Entwicklungsländern Kredite mit einem Volumen von 20,1 Milliarden US-Dollar zur Verfügung.

Die Abstimmung zwischen der UNO und den Sonderorganisationen übernimmt der Koordinierungsrat der Leiter der Organisationen des Systems der Vereinten Nationen (CEB). Dieser besteht aus dem UNO-Generalsekretär, den Leitern der Sonderorganisationen, Fonds und Programmen, der Internationalen Atomenergiebehörde und der Welthandelsorganisation.

Die UNO-Programme und Fonds arbeiten unter Aufsicht der Generalversammlung und des Wirtschafts- und Sozialrats. Um die Kooperation zu verstärken, hat der UNO-Generalsekretär im Jahr 1997 die UNO-Entwicklungsgruppe eingerichtet, die aus den UNO-Programmen und Fonds besteht.

Das Entwicklungsprogramm UNDP, das den größten Beitrag der Vereinten Nationen für die menschliche Entwicklung leistet, ist aktiv daran beteiligt, die Millenniums-Entwicklungsziele zu erreichen. Das Kinderhilfswerk UNICEF ist die führende Organisation, wenn es um den Schutz und die Entwicklung von Kindern geht. Es ist in 160 Ländern aktiv und sorgt für Impfungen, Ernährung und Grundschulbildung.

Viele andere UNO-Programme sind für die Entwicklung tätig, oft in Partnerschaft mit Nichtregierungsorganisationen und Regierungen. Das Welternährungsprogramm (WFP) ist die größte internationale Organisation für Nahrungsmittelhilfe. Das Umweltprogramm (UNEP) kümmert sich um die Einhaltung besserer Umweltstandards und das Programm für menschliche Siedlungen (UNHABITAT) hilft Menschen, die in einer gesundheitsgefährdenden Umgebung leben.

Um die Teilnahme der Entwicklungsländer an der globalen Wirtschaft zu fördern, unterstützt die Konferenz der Vereinten Nationen für Handel und Entwicklung (UNCTAD) den internationalen Handel. UNCTAD arbeitet mit der Welthandelsorganisation (WTO) zusammen, um die Exporte der Entwicklungsländer zu fördern.

Ressourcen bündeln

Die UNO versucht ihre Ressourcen zunehmend zu bündeln, um komplexe Probleme zu lösen.

Das Gemeinsame Programm der Vereinten Nationen für HIV/AIDS fasst das Wissen von acht Organisationen der UNO zusammen, um eine Epidemie zu bekämpfen, von der

momentan 40 Millionen Menschen weltweit betroffen sind. Im Jahr 2004 starben drei Millionen Menschen an AIDS und fünf Millionen infizierten sich neu.

Der Globale Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria, dessen Gründung der UNO-Generalsekretär 2001 gefordert hatte, basiert auf einer Partnerschaft zwischen Regierungen, der Zivilgesellschaft, dem privaten Sektor und betroffenen Gemeinschaften. Bis 2005 stellte er drei Milliarden US-Dollar in 128 Ländern zur Verfügung, um entschlossen gegen diese drei Krankheiten vorgehen zu können, die jedes Jahr sechs Millionen Menschen das Leben kosten. Gemeinsame Initiativen für Impfungen und die Entwicklung neuer Impfstoffe haben auch zur Unterstützung durch Unternehmen, Stiftungen, Nichtregierungsorganisationen und Regierungen geführt. Auch UNICEF, WHO und die Weltbank beteiligen sich.

Die Globale Umweltfazilität (GEF), ein 4,5 Milliarden US-Dollar schwerer Fonds, der von UNDP, UNEP und der Weltbank verwaltet wird, hilft Entwicklungsländern dabei, Programme für die Umwelt umzusetzen. Die UNO arbeitet auch eng mit der Neuen Partnerschaft für die Entwicklung Afrikas (NEPAD) zusammen, einer Initiative der Afrikanischen Union.

DIE SONDERORGANISATIONEN DER VEREINTEN NATIONEN

FAO Food and Agriculture Organization of the United Nations
Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen

IAEA International Atomic Energy Agency
Internationale Atomenergie-Organisation

ICAO International Civil Aviation Organization
Internationale Zivilluftfahrt-Organisation

IFAD International Fund for Agricultural Development
Internationaler Fonds für landwirtschaftliche Entwicklung

ILO International Labour Organization
Internationale Arbeitsorganisation

IMF International Monetary Fund
Internationaler Währungsfonds

IMO International Maritime Organization
Internationale Seeschiffahrts-Organisation

ITU International Telecommunication Union
Internationale Fernmeldeunion

UNESCO	United Nations Educational, Scientific and Cultural Organization Organisation der Vereinten Nationen für Bildung, Wissenschaft und Kultur
UNIDO	United Nations Industrial Development Organization Organisation der Vereinten Nationen für industrielle Entwicklung
UNWTO	World Tourism Organization Weltorganisation für Tourismus
UPU	Universal Postal Union Weltpostverein
WHO	World Health Organization Weltgesundheitsorganisation
WIPO	World Intellectual Property Organization Weltorganisation für geistiges Eigentum
WMO	World Meteorological Organization Weltorganisation für Meteorologie
World Bank Group Weltbankgruppe	

MEILENSTEINE:

- Die UNO formulierte die Allgemeine Erklärung der Menschenrechte im Jahr 1948, gefolgt von etwa 80 Übereinkommen und Verträge, die beim Schutz der Menschenrechte helfen.
- Die Friedenssicherungseinsätze sind ein entscheidendes Instrument für den Frieden. Zur Zeit sind über 90.000 Soldaten und zivile Kräfte aus 109 Ländern in 18 Operationen im Einsatz.
- Umweltschutzabkommen der UNO haben geholfen, den sauren Regen in Europa und Nordamerika zu reduzieren sowie die Meeresverschmutzung und die Zerstörung der Ozonschicht zu vermindern.
- Die UNO, einschließlich der Weltbank und des UNO-Entwicklungsprogramms, ist die wichtigste Verbindungsstelle, um die Entwicklung in den armen Ländern zu fördern. Zusammen leisten sie pro Jahr Hilfe im Umfang von 30 Milliarden US-Dollar.

- In den 60 Jahren seit Bestehen der UNO sind mehr völkerrechtliche Verträge geschlossen worden, als in der gesamten Zeit davor.
 - Im Jahr 2003 hat das Welternährungsprogramm der Vereinten Nationen 110 Millionen Menschen mit Nahrung versorgt – ein Rekord in seiner 40-jährigen Geschichte.
 - Der zivile Luftverkehr ist aufgrund der Bestimmungen der Internationalen Luftfahrtorganisation erheblich sicherer geworden.
 - Nothilfeaufrufe der UNO haben allein im Jahr 2003 zu Spenden von 3,4 Milliarden US-Dollar geführt.
 - Die Pocken wurden aufgrund weltweiter Impfmaßnahmen der WHO ausgerottet.
-

Kontakt:

Regionales Informationszentrum der Vereinten Nationen für Westeuropa (UNRIC)
 Verbindungsbüro in Deutschland
 UN Campus Bonn – Langer Eugen
 Hermann-Ehlers-Str. 10
 53113 Bonn, Germany
 Tel.: +49 (0)228/ 815-2773/ 2774
 Fax: +49 (0)228/ 815-2777
 Email: info@unric.org

UNRIC
 Résidence Palace
 Rue de la Loi/Wetstraat 155
 Quartier Rubens, Block C2, 7. & 8. Stock
 1040 Brüssel, Belgien
 Tel.: +32 (0)2 788-8462
 Fax: +32 (0)2 788-8485
www.unric.org

Weitere Informationen finden Sie auf der Hauptseite der UNO unter: www.un.org